

GdP: Kurz berichtet

April 2004



1. GdP RP in Köln und Stuttgart
2. Innere Sicherheit hat unverändert hohen Stellenwert
3. DGB-Veranstaltung "Frühpensionierung"
4. Forschungsprojekt "Posttraumatische Belastungsstörungen - PTBS"
5. Besoldungserhöhung zum 1. April in Kraft getreten
6. Europäische Krankenversicherungskarte ab 1. Juni 2004
7. Islamistischer Terrorismus
8. Reform des Beamtenrechts
9. BMI: Neues Service-Angebot zum öffentlichen Dienst
10. Verschärfte Agenda
11. Bankgeheimnis ist Beihilfe zur Steuerhinterziehung
12. Eurobarometer Öffentliche Sicherheit
13. Polizei und Fehler
14. Arbeit auf mehr Schultern verteilen!
15. Tarifverhandlungen mit Finanzminister Mittler?
16. CDU zur Zukunft der Polizei
17. Zur Erinnerung

1. GdP RP in Köln und Stuttgart

Viele Kolleginnen und Kollegen der GdP aus Rheinland-Pfalz schlossen sich den Protesten des Europäischen Gewerkschaftsbundes und anderer Organisationen am 3. April an. Von engagiertem Protest und guter Stimmung berichteten Bernd Becker und Det Maurer aus Köln. Annemarie Grindel, der Vorsitzende der Jungen Gruppe Thomas Sinner und die Vorsitzende der Frauengruppe Tina Horn kämpften sich mit Ernst Scharbach durch die Menschenmengen in Stuttgart. Es war beeindruckend, wie viele Menschen sich dagegen wehren, nur noch als Kostenfaktoren für die Unternehmen abgetan zu werden.

Die Politik muss eine andere werden – in ganz Europa!

2. Innere Sicherheit hat unverändert hohen Stellenwert

47 Prozent der Bevölkerung sorgt sich um die Innere Sicherheit, ergab eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts. Damit behält der Schutz vor Verbrechen nach wie vor einen

Spitzenrang in den Interessen der Menschen in Deutschland. An der Spitze mit 59 % liegt die Sorge vor Armut im Alter, gefolgt von 57 % Sorge vor Terrorismus. 54 % haben Angst um ihren Job und 46 % vor den Kriegen in der Welt.

3. DGB-Veranstaltung "Frühpensionierung"

Die DGB-Beamtenkommission befasste sich auf ihrer Sitzung am 22./23. März 2004 mit dem Tagesordnungspunkt „Veranstaltung zum Thema Frühpensionierung“. Anlass war der Bericht der Bund-Länder-Projektgruppe „Eindämmung von Frühpensionierung“. In einer Tagesveranstaltung sollen Gewerkschafter, Personalräte, Führungskräfte, Personalleiter, Arbeits- und Gesundheitsschutzexperten über die Maßnahmen zur Eindämmung von Frühpensionierung unter Einbeziehung von Prävention und Gesundheitsförderung konferieren. Die DGB-Veranstaltung soll in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz in Dortmund am 25. Mai 2004 stattfinden.

4. Forschungsprojekt "Posttraumatische Belastungsstörungen - PTBS"

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin in Dresden führt auf Ersuchen der GdP ein Forschungsprojekt "Posttraumatische Belastungsstörungen" durch. Anlass für die GdP, ein solches Projekt anzuregen, war der Antrag der Bundesseniorenkonferenz D 11, wonach PTBS als Berufskrankheit und als Dienstunfall anerkannt werden soll sowie der Magdeburger Kongressantrag B 12, der die Weiterentwicklung bestehender Betreuungskonzepte für besonders belastende dienstliche Ereignisse auf wissenschaftlicher Basis fordert. (Dieser Antrag stammt übrigens von der GdP Rheinland-Pfalz.)

Den Zuschlag erhielt das Universitätsklinikum Münster, dort die Klinik und Poliklinik für Psychosomatik und Psychotherapie, Lehrstuhl Prof. Dr. Gereon Heuft (Projektleitung).

Ziel des Forschungsvorhabens wird es sein, Methoden und Verfahren zu entwickeln, die länderübergreifend in die Bereiche Aus- und Fortbildung Eingang finden sollen, damit von besonderen Belastungssituationen im dienstlichen Alltag betroffene Kolleginnen/Kollegen eine drohende PTBS möglichst vermeiden können.

Im Rahmen ihres Engagements im Hinblick auf die Anerkennung posttraumatischer Belastungsstörungen als Berufskrankheit bzw. Dienstunfall im Polizeibereich wurde die GdP in den Initiativkreis "Traumatische Ereignisse" berufen.

5. Besoldungserhöhung zum 1. April in Kraft getreten

Der zwischen GdP und öffentlichen Arbeitgebern ausgehandelte Gehalts- und Lohntarifvertrag wird nun in seiner zweiten Stufe per Gesetz auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Zum 1. April 2004 ist für alle Besoldungsgruppen, ausgenommen B 11, die zweite Stufe des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes in Kraft getreten. Die lineare Erhöhung von 1 % gilt ab diesem Zeitpunkt. Zum 1. August 2004 tritt die letzte Erhöhung von 1 % aus dem Gesetz in Kraft.

6. Europäische Krankenversicherungskarte ab 1. Juni 2004

Eine einheitliche europäische Versicherungskarte wird ab 1. Juni bei Reisen innerhalb der EU den Zugang zur Gesundheitsversorgung für die Mitglieder der Gesetzlichen Krankenversiche-

rung (GKV) deutlich erleichtern. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel Ende März wurde die Einführung der Karte als "greifbares Ergebnis einer EU-Initiative, die den Bürgern konkrete praktische Vorteile bringt" begrüßt.

Die personenbezogene Versicherungskarte wird zunächst die "Bescheinigung über den Sachleistungsanspruch während eines vorübergehenden Aufenthaltes in einem Mitgliedstaat" ersetzen. Langfristig soll sie alle bestehenden Vordrucke ersetzen, die bei einem vorübergehenden Aufenthalt im EU-Ausland den Anspruch auf medizinische Leistungen begründet. Auf Vorlage der Karte kann sofort die ärztliche Behandlung erfolgen. Die mit den Vordrucken verbundenen bürokratischen Verfahren werden stark verkürzt und vereinfacht, und die Kostenerstattung beschleunigt.

Anspruch hat jeder, der bei einem sozialen Sicherungssystem eines EU-Landes versichert ist und Anspruch auf Behandlung in diesem Land hat.

Wichtig: Die Karte gilt nur für unmittelbar erforderliche medizinische Versorgung (z.B. bei einem gebrochenen Bein, einem kranken Zahn oder für fortlaufende Versorgung bei schweren chronischen Erkrankungen wie Diabetes). Sie gilt nicht für Personen, die sich aus bestimmten Gründen für eine Behandlung in einem anderen Mitgliedstaat entscheiden. Eine solche Behandlung kann nach wie vor nur nach Zustimmung des Versicherungsträgers des Betroffenen erfolgen.

Folgende Länder beabsichtigen, die Karte zum 1. Juni einzuführen: Belgien, Frankreich, Luxemburg, Spanien, Deutschland, Griechenland, Irland, Schweden, Dänemark, Finnland, Norwegen, Estland und Slowenien.

Einige Mitgliedstaaten, hauptsächlich solche ohne eigene nationale Krankenversicherungskarte, werden eine Übergangszeit bis Ende 2005 zur Einführung der Karte in Anspruch nehmen.

7. Islamistischer Terrorismus

Als Reaktion auf die Ereignisse in Madrid hat Innenminister Zuber mit sofortiger Wirkung eine so genannte Beobachtungsgruppe islamistischer Terrorismus im rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz eingerichtet.

"Der Verfassungsschutz ist für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus unverzichtbar. Einem Gegner, der seine unmenschlichen Taten im Geheimen plant und vorbereitet, muss mit angemessenen, rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden", stellte Innenminister Walter Zuber weiter fest.

8. Reform des Beamtenrechts

Bei der Anhörung des Bundestagsinnenausschusses am 01. März 2004 zur Zukunft des öffentlichen Dienstes hat ver.di für eine grundlegende Modernisierung des Beamtenrechts plädiert. Dazu gehören umfangreiche Verhandlungs- und Vereinbarungsrechte. ver.di möchte keine Abschaffung des Berufsbeamtentums, sondern seine Evolution.

Die Sachverständigen Prof. Ulrich Battis, Prof. Bernhard Kempen, Prof. Gunnar Folke Schuppert, Prof. Amadeus Wolff haben eine Abschaffung des deutschen Berufsbeamtentums ebenso abgelehnt. Die meisten der geladenen Wissenschaftler und Ingrid Sehrbrock, DGB-Bundesvorstand, wandten sich auch gegen Bestrebungen innerhalb der Föderalismuskommission, die Zuständigkeit für die Besoldung der Beamtinnen und Beamten komplett vom Bund auf die Länder zu übertragen. Ingrid Sehrbrock bewertete die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern als "sinnvoll, bewährt und erhaltenswert".

9. BMI: Neues Service-Angebot zum öffentlichen Dienst

4,8 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat beschäftigt - bei Bund, Ländern und Gemeinden. Für sie arbeitet und handelt das Bundesministerium des Innern gemeinsam mit ver.di und GdP die notwendigen Rahmenbedingungen zum Dienst-, Beamten-, Tarif- und Besoldungsrecht aus. Diese Informationen finden Sie gebündelt und schnell ab sofort direkt von der Startseite aus, über ein neues Service-Angebot zum öffentlichen Dienst. Neben der neuen Beihilferegelung über den Bundesangestelltentarifvertrag bis zu aktuellen Vergütungs-, Besoldungs-, und Lohntabellen finden Sie häufig abgefragte und aktuelle Informationen. Mehr dazu: <http://www.bmi.bund.de>

10. Verschärfte Agenda

„Das ist es also, das große neue Konzept von CDU/CSU zur Reform des Arbeitsmarktes und der Sozialsysteme. Weitere Einschnitte bei den Arbeitslosen und Arbeitnehmern, noch ein paar Zuckerchen mehr für Industrie und Arbeitgeberverbände. Agenda 2010 in Hardcore-Version, noch härter, noch schärfer, noch brutaler, auf dass die Gehälter in den Vorstandsetagen weiter saftig steigen.

Die Wirtschaft zeigt sich enttäuscht, ihr geht das alles noch nicht weit genug. Um den Standort Deutschland zu sichern, sei ein weiterer Abbau der Sozialsysteme unumgänglich. Seltsam nur, Deutschland ist Exportweltmeister, die Managergehälter sind so hoch wie nie - wie das, wo der Standort Deutschland doch angeblich zu teuer ist. Die immer gleichen Phrasen zu Wachstum und Standort, die ewig wiedergekäuten Weisheiten einer angeblichen Alternativlosigkeit zur Agenda 2010 sind längst widerlegt. Die Politik der fortwährenden Entlastungen und der Steuergeschenke an die Unternehmen, begonnen unter Helmut Schmidt, exzessiv in sechzehn Jahren Kohlregierung ausgeweitet und nahtlos vom "Kanzler der Bosse", Gerhard Schröder, fortgesetzt, hat trotz gegenteiliger Versprechungen keine nennenswerten neuen Arbeitsplätze geschaffen. Die Politiker der rot-schwarz-grün-gelben Neoliberalen Einheitspartei Deutschlands und ihre Raffelhüschen-Rürup-Hartz-Herzog-Expertenriege in den universitären Wolkenkuckucksheimen haben davon offensichtlich nichts mitbekommen.

Diese "Reformen" werden zu noch mehr Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust der kleinen Haushalte führen. Warum will denn der Handel dieses Jahr rund 30 000 Arbeitsplätze abbauen? - Weil die Binnennachfrage zum Erliegen gekommen ist. Wenn immer nur bei Löhnen, Renten und Arbeitslosengeld gekürzt wird, haben die Menschen schlichtweg kein Geld mehr für mehr Konsum. Wachstum ade!

Es ist eben ein Unterschied, ob ich einem Spitzenverdiener mit 200 000 Euro und mehr Jahreseinkommen zehn Prozent seines Einkommens (20 000 Euro) abziehe - dem bleibt immer noch mehr als genug zur Verfügung - oder einem Arbeitslosen, Rentner oder Geringverdiener zehn Prozent seines Einkommens. Da geht gar nichts mehr. Eine dermaßen sozial entgleiste Volkswirtschaft braucht nicht mehr Liberalität, sondern im Gegenteil verstärkte Kontrolle und Regelung durch einen der Mehrheit des Volkes verpflichteten Staat. Die Mehrheit, das sind immer noch die einfachen Arbeitnehmer, die Familien und Rentner der unteren und mittleren Einkommensschichten und die mehr als sieben Millionen tatsächlichen Arbeitslosen, und nicht die paar Großindustriellen und Superreichen, für die derzeit in Berlin Politik gemacht wird. Wir brauchen eine neue Politik, eine neue wählbare linke Alternative. Die hohen Umfrageergebnisse für die CDU/CSU sind kein Indikator für eine konservative Grundstimmung, sondern vielmehr Ausdruck von Hilflosigkeit und politischer Uninformiertheit, kindisches Trotzverhalten mit gefährlichem Potenzial.

Wenn nicht die SPD endlich von ihrem verhängnisvollen Kurs ablässt oder die PDS oder eine neu zu gründende Sozialpartei endlich aus ihren Startlöchern kommt, dann geht diese Republik in eine explosive politische Zukunft. Irgendwann wird sich der unterdrückte Volkszorn Bahn brechen, wenn dann in dem mangels wirklicher Opposition entstandenen politischen Vakuum ein geschickter rechter Bauernfänger und Populist auf Stimmenfang geht, dann erleben wir alle eine Neuauflage der Zeit nach Weimar. Und sage niemand, er habe von nichts gewusst und niemand habe ihn gewarnt“.

Leserbrief in der Frankfurter Rundschau von Hans-Joachim Viehl, Frankfurt

11. Bankgeheimnis ist Beihilfe zur Steuerhinterziehung

Als Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem die Spekulationssteuer für die Jahre 1997 und 1998 für verfassungswidrig erklärt worden ist, fordert Attac schärfere Kontrollen gegen Steuerhinterziehung. *"Das Gericht hat Recht: Bisher versteuern nur ehrliche Menschen ihre Gewinne aus Aktiengeschäften",* sagte Sven Giegold von der Attac-AG Finanzmärkte. *"Doch es darf nicht sein, dass wegen der Unehrllichen das Gesetz in Frage gestellt wird. Vielmehr muss die Regierung es endlich dafür sorgen, dass es durchgesetzt werden kann."*

"Das Bankgeheimnis ist eine Beihilfe zur Steuerhinterziehung. Es ist überhaupt nicht einzusehen, wieso Lohneinkünfte automatisch ans Finanzamt gemeldet werden, Kapitaleinkünfte hingegen nicht."

Durch die fehlende Durchsetzung der Spekulationssteuer entgehen dem Bund nach Schätzung von Experten jährliche Einnahmen in Milliardenhöhe. Gerade angesichts der leeren öffentlichen Kassen sei es dringend geboten, dieses Geld einzutreiben, fordert Attac.

12. Eurobarometer Öffentliche Sicherheit

Im Auftrag der Europäischen Kommission erscheint zweimal jährlich das 'Standard Eurobarometer'. Eine im April 2003 veröffentlichte Umfrage behandelt gezielt den Themenkomplex Öffentliche Sicherheit, Drogenproblematik im Wohnumfeld und Kriminalität. Danach ist das Gefühl der Unsicherheit zwischen 1996 und 2002 in der gesamten EU (außer in Deutschland) nur leicht, aber stetig angestiegen. Ebenso lässt sich während dieses Zeitraumes ein Anstieg von Beobachtungen oder Konfrontationen der Befragten in Bezug auf in Zusammenhang mit Drogen stehenden Problemen im Wohnumfeld feststellen. Im Hinblick auf Angst vor Kriminalität äußern die Befragten in Griechenland die größte Befürchtung, Opfer einer Straftat zu werden, während Befragte in Österreich und Deutschland die geringste Angst vor Viktimisierung zeigen. In allen EU-Staaten sind über die Hälfte der Befragten der Auffassung, dass eine stärkere Überwachung oder Polizeipräsenz zu einem Rückgang von Kriminalität führt. Des Weiteren geben die Befragten an, dass ihrer Meinung nach junge Menschen von kriminalpräventiven Programmen stärker am Begehen einer Straftat gehindert werden, als von härteren Strafen. Ein Grossteil ist außerdem der Meinung, dass Armut und Arbeitslosigkeit sowie niedrige Bildung und mangelnde Erziehung ausschlaggebende Faktoren dafür sind, dass Jugendliche Straftaten begehen.

Quelle: Polizei-Newsletter

13. Polizei und Fehler

Zum Thema ‚Fehler in der Polizei‘ schreibt ein Mitarbeiter des Bundesamtes der Schweizer Polizei folgendes: *„Ein weiteres psychologisches Minenfeld ist die Frage der Fehlertoleranz bei der Polizei. Überregulierung sorgt auch innerhalb der Polizei nicht für Ordnung, sondern für Unordnung. Fehler und Verstöße werden durch zu hohe Regelungsdichte geradezu provoziert. So hat man immer genügend Strafgründe zur Hand und kann Fehler guten Gewissens ahnden - und damit die Hochmotivierten vor den Kopf stoßen. Der Volksmund kennt das Wort ‚Aus Fehlern soll man lernen‘. Doch wie werden Fehler bei der Polizei als Lernmöglichkeiten genutzt? Paragraphen und Vorschriften scheinen den Rahmen sehr eng zu stecken. Viele verlieren alleine schon deswegen den Mut, Fehler überhaupt zuzugeben und darüber zu sprechen, sie zu ‚nutzen‘.*

Wie soll das denn auch geschehen, wenn man gehänselt, lächerlich gemacht oder bestraft wird, wenn etwas schief läuft. Dabei lernen wir doch gerade dann am meisten und am schnellsten, wenn wir Fehler machen, wenn wir den Spannungsbogen zwischen richtig und falsch überblicken und unsere künftigen Handlungen demgemäß einteilen und beurteilen können. Sinnvolle Fehlerkultur bedeutet, dass wir den Sinn gemachter Fehler erkennen und als Lernpotential nutzen. Fehler eröffnen neue Möglichkeiten zur Verwirklichung von Sinn“

Quelle: Polizei-Newsletter

14. Arbeit auf mehr Schultern verteilen!

FR: *Die Länder wollen längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst wie bei den Beamten durchsetzen. Warum sperrt sich Verdi dagegen?* **Frank Bsirske (Ver.di):** In Hessen hat Ministerpräsident Koch angekündigt, die Arbeitszeit der Beamten auf 42 Stunden anzuheben. Gleichzeitig erklärt er, dass dann 7000 Beamten-Stellen wegfallen können. Das ist auch bei den Arbeitern und Angestellten so: Eine Verlängerung der Arbeitszeiten kostet Arbeitsplätze. Bundesweit droht alleine im öffentlichen Dienst durch die Verlängerung der Arbeitszeiten der Verlust von weit über 100000 Arbeitsplätzen. Hinzu kämen Lohnneinbußen. Ein falscheres Signal in die Volkswirtschaft hinein kann man nicht aussenden. Die Nachfrageschwäche wird durch sinkende Löhne und steigende Arbeitslosigkeit verschärft.

FR: *Die Länder sind aber wild entschlossen, ihre Forderung durchzusetzen. Ist Verdi bereit zu einem Streik?* **Bsirske:** Wir gehen einer ausgesprochen harten Tarifrunde im öffentlichen Dienst entgegen. Die Unions-Ministerpräsidenten haben ja angekündigt, diese Tarifrunde zu einer Durchbruchschlacht für eine Arbeitszeitverlängerung in der gesamten Volkswirtschaft nutzen zu wollen. Das ist eine fundamentale Kampfansage für das kommende Jahr. Über die Dimension des Konfliktes, den die Arbeitgeber offenbar suchen, sollten keine Illusionen bestehen.

FR: *Verdi wird also alle Kampfmittel bis zum Streik einsetzen?* **Bsirske:** Wir schließen nichts aus. Wenn die Arbeitgeber aus der Tarifrunde des öffentlichen Dienstes einen Grundsatzkonflikt über die Arbeitszeit insgesamt machen wollen, droht ein Konflikt in bisher nicht bekanntem Ausmaß. Ich kann mich jedenfalls für die vergangenen 30 Jahre kaum an vergleichbare Ankündigungen erinnern. Die Beschäftigten sind gut beraten, sich auf die Auseinandersetzung entsprechend vorzubereiten.

FR: *Die Beamten müssen schon länger arbeiten. Warum soll das den Arbeitern im öffentlichen Dienst nicht zumutbar sein?* **Bsirske:** Weil das bereits für die Beamten falsch war. Unser Ziel ist, dass auch für die Beamten die Verlängerung zurückgenommen wird. (Interview mit dem Vorsitzenden von Ver.di Frank Bsirske in der Frankfurter Rundschau)

15. Tarifverhandlungen mit Finanzminister Mittler?

Annemarie Grindel, Margarete Relet und Ernst Scharbach nahmen mit Ver.di, GEW und IG BAU erste Gespräche zur künftigen Gestaltung der Tarifverhandlungen auf. Der Tarifvertrag wird im Januar 2005 auslaufen, die Arbeitgeber haben die Tarifverträge über die Arbeitszeit bereits einseitig gekündigt. Die Tarifgemeinschaft der Arbeitgeber Bund, Länder und Kommunen steht vor dem Auseinanderbrechen. Denkbar ist daher, dass die Gewerkschaften bald regional Verhandlungen werden führen müssen. Da heißt es: Alle Kräfte bündeln!

Grindel: *"Zur Zeit ist noch nicht absehbar, wie sich die Tariflandschaft weiter entwickeln wird. Wir müssen auf alle Eventualitäten vorbereitet sein!"*

Ministerpräsident Kurt Beck hat sich gegenüber dem DGB geäußert, dass er sich für den Erhalt der Tarifgemeinschaft der Länder einsetze, verwies aber auch auf den Streit der Ministerpräsidenten untereinander, der auf politischer Ebene noch nicht beendet sei.

16. CDU zur Zukunft der Polizei

Die Große Anfrage von MdL Marlies Kohnle-Gros bezieht sich auf die Personalstärken der Polizei in den unterschiedlichen Organisationseinheiten, incl. der Abwesenheiten durch Beurlaubungen oder sonstigen Gründen. Ferner werden die Situation der Bezirksbeamten und Jugendsachbearbeiter erfragt, sowie den festgestellten Krankenstand, die Überstunden, den Frauenanteil, das Durchschnittsalter im Schichtdienst und Erfahrungen zu flexiblen Arbeitszeitmodellen. Die CDU will wissen, wie sich die vorzeitigen Abgänge durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ändern werden. Weitere Themen sind die Angestelltenprogramme, die Altersteilzeit und welchen Personalbestand die Landesregierung wegen der „epochalen Bedrohung“ durch den Terrorismus für notwendig hält.

17. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Verreisen? Auto kaufen? PSW 06131/96009-0.
--

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz